

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 17. Juli 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/sq3>

„Geht nicht gibt's nicht“: integratives, soziales und nachhaltiges Bauen

In Bremen wird mehr Wohnraum benötigt, besonders für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen. Besondere Herausforderungen sind dabei die Unterbringung von Flüchtlingen und Studierenden. Das ist die eine Seite. Die andere Seite besteht darin, den heutigen und künftigen Wohnbedürfnissen und einer sozialen Stadtentwicklung gerecht zu werden. Anforderungen an die Neubaupolitik sind hierbei besonders Mobilitäts-, Nachhaltigkeits- und Energiekonzepte. Mit einem Antrag werden vom Senat bauliche Pilotprojekte hinsichtlich nachhaltiger Baumaterialien und Bautechniken, flexibler, wandelbarer Grundrisse und Nutzungsmöglichkeiten gefordert – Pilotprojekte für Wohnraum, der sich wandelnden Wohnbedürfnissen im Laufe des Lebens anpassen kann.



Der bau- und stadtentwicklungspolitische Sprecher Carsten Werner, Initiator des Antrags, entgegnete auf frühere Kritik wie „Humbug“, „Mumpitz“ und „esoterisches Gequatsche“ mit Beispielen aus Nürnberg, Hamburg, Freiburg, Tübingen und Stuttgart, die zeigen, was schon alles geht:

Es gibt lebenswerte kleine Grundrisse, ergänzt mit begehrten und ökonomischen Gemeinschaftsräumen. Es gibt flexible Grundrisse, in denen Zimmer in kleinere Wohnungen getrennt oder zu größeren Einheiten zusammengeschaltet werden können, wenn die familiäre Situation sich ändert, z. B. wenn aus dem jungen Paar eine Familie wird, wenn die Kinder aus dem Haus ziehen – oder wenn Hilfe mit einziehen muss. Es gibt sozialen Wohnungsbau im Null- oder Plusenergiestandard – in Frankfurt am Main ist das der Baustandard für sozial geförderten Wohnungsbau! Es gibt Geschosswohnungsbau für viele Wohneinheiten in ökologischer Holzbauweise. Es gibt innovative Fassaden- und Dachbegrünungen – und es gibt natürlich gut funktionierende gemeinsame nachbarschaftliche Gärten und Grünanlagen, die nicht nur das Stadtklima verbessern, die Artenvielfalt erhalten und das Grundwasser sichern, sondern auch zur Erholung und zur Umweltbildung und als Nutzgärten dienen und die nicht zuletzt, wie Bundesbau- und -umweltministerin Hendricks sagt, „den nachbarschaftlichen Zusammenhalt und die Integration sozialer und kultureller Milieus fördern – kurz: das gute Leben in der Stadt.“

Dass der Antrag einstimmig angenommen wurde, zeigt, dass dieses Thema endlich in der Breite angekommen und angenommen ist.

Was noch?

Aus der Fragestunde:

Betreuungsgeld verhindert Chancengerechtigkeit: Das Deutsche Jugendinstitut schätzt, dass das Betreuungsgeld in hohem Maße geschlechts- und schichtspezifisch wirkt. Der Senat vertritt die Auffassung, dass alles, was einer stärkeren Bildungsbeteiligung von Kindern entgegenwirkt, dem Bemühen um Chancengleichheit abträglich ist.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

So lange wie möglich zu Hause

Der demographische Wandel mit immer mehr und immer älteren Menschen stellt neue Anforderungen an das Gesundheitswesen, aber auch an den Pflegebereich. Wird einerseits die professionelle Pflege immer mehr zur öffentlichen Angelegenheit, soll andererseits den Pflegebedürftigen so lange wie es geht ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden möglich sein. Hierzu bedarf es eines flexiblen Mixes aus stationären und ambulanten Unterstützungsleistungen. Neben der familiären Pflege kommt auch der Nachbarschaftshilfe, der Selbsthilfe und der aufsuchenden Altenarbeit eine wachsende Bedeutung zu. Ein heute einstimmig beschlossener Koalitionsantrag fordert den Senat auf, die vielen unterschiedlichen Angebote in einen Bericht zusammenzufassen. Auf Grundlage dieser Bestandsaufnahme kann dann eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur entwickelt werden.



Dirk Schmidtman, altpolitischer Sprecher, sieht einen allgemeinen gesellschaftlichen Konsens bei der Frage nach dem Leben im Alter: Bei fast allen Befragungen kommt zu über 90 Prozent die Antwort „Ich möchte so lange wie möglich zu Hause wohnen bleiben. Ich möchte nicht in einer Einrichtung leben!“

Bremen ist dabei schon gut aufgestellt und bietet Alten, Menschen mit Behinderung und pflegenden Angehörigen viele Möglichkeiten der Unterstützung. In Bremen werden ca. 75 Prozent der Betroffenen zu Hause gepflegt. Das ist eine gute Quote und liegt über dem Bundesdurchschnitt.

Leider, so Schmidtman, haben das die Investoren in Heime nicht verstanden, sonst würden sie nicht trotz 1.000 leerer Heimplätze weiter in diese Richtung investieren. Was gebraucht wird, sind Quartierskonzepte. Die Bremer Heimstiftung hat dies schon seit längerem erkannt und nicht nur stationäre Plätze abgebaut, sondern sie betreibt die Vernetzung in den Ortsteilen offensiv. Zum Beispiel schult sie SozialraumassistentInnen die aktiv Netzwerke knüpfen.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de